

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 06.10.2015

### **Beschleunigung der Asylverfahren durch die CDU-geführte Bundesregierung - Die Landesregierung muss im Bundesrat zustimmen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Der Landtag begrüÙt die Ergebnisse des „Flüchtlingsgipfels“ vom 24. September 2015 zwischen Bundesregierung und Landesregierungen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (BT-Drs. 18/6185) im Bundesrat zuzustimmen.

#### Begründung

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben am 29. September 2015 einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Asylverfahren in den Deutschen Bundestag eingebracht (BT-Drs. 18/6185). Am 15. Oktober 2015 soll das Gesetz mit einer deutlichen Mehrheit im Bundestag verabschiedet werden. Der Bundesrat will bereits am nächsten Tag, also dem 16. Oktober 2015, diesem Gesetz zuzustimmen.

Das Gesetz setzt das in einem Krisengipfel zwischen den Landesregierungen und der Bundesregierung am 24. September 2015 beschlossene Paket zur Bewältigung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise um. Neben diesem Gesetz gehört hierzu auch die Vereinbarung umfassender finanzieller Hilfen des Bundes für die Kommunen und Länder.

In einer Presseerklärung der Landesregierung vom 25. September 2015 begrüÙte Ministerpräsident Weil die getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich:

„Die Reise nach Berlin hat sich diesmal gelohnt. Ich bin sehr zufrieden mit den Ergebnissen des jüngsten Flüchtlingsgipfels. Dreh- und Angelpunkt der zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen ist die Dauer der Asylverfahren. Der Bund nimmt jetzt endlich eine deutliche Verkürzung der Asylverfahren auf durchschnittlich drei Monate in Angriff. (...) Vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen müssen wir unsere Anstrengungen konzentrieren auf diejenigen Flüchtlinge, die unseren Schutz in besonderer Weise benötigen. (...) Alles in allem ist uns heute“ so Weil, „ein guter Kompromiss gelungen, der Kommunen und Länder deutlich entlastet und die Versorgung und Integration von Flüchtlingen gerechter auf die Schultern von Bund, Ländern und Gemeinden verteilt.“

Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels am 24. September 2015 sind uneingeschränkt zu begrüÙen. Entsprechend den Einlassungen des Ministerpräsidenten sollte Niedersachsen daher auch im Bundesrat dem vorgelegten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes (BR-Drs. 446/15) zustimmen, damit der Gesetzentwurf, wie im Bundestag, von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 07.10.2015)